

Gefangen im System der Schleuser

Als Jugendlicher flüchtete Simon aus Eritrea nach Israel. Das Heilige Land war schon fast zur Heimat geworden, als er nach Ruanda abgeschoben wurde. Dort nahm eine jahrelange Odyssee ihren Anfang, die ihn über Uganda, Libyen und das Mittelmeer nach Dresden führte.

Von Lucia Heisterkamp

So ganz scheint Simon noch nicht in Deutschland angekommen zu sein. Der junge Eritreer lächelt freundlich, dann schweift sein Blick in die Ferne. Irgendwo hängt er in Gedanken fest, vielleicht zwischen der Sinaiwüste, Ruanda und dem Mittelmeer.

„Guten Tag“, sagt Simon. Sein Deutsch ist passabel, noch besser kommt ihm aber das Hebräische über die Lippen. Denn den Großteil seines Erwachsenenlebens hat der 27-Jährige in Tel Aviv verbracht, zwischen Falafelbuden und israelischen Start-Ups nah am Mittelmeer. Hat sich beigebracht, die hebräischen Buchstaben zu entziffern. Und israelische Freunde gefunden, die mit ihm Goldstar trinken, das einheimische Bier.

Deutschland ist ihm auch nach drei Jahren noch immer fremd, sagt er. Vielleicht, weil in seiner neuen Heimatstadt Dresden jeden Montag Pegida-Anhänger gegen Flüchtlinge demonstrieren. Vielleicht sind zwei lebensgefährliche Fluchttrouten aber auch zu viel, um noch mal irgendwo anzukommen. Der Eritreer war vor zehn Jahren ins Heilige Land geflüchtet. Sein Herkunftsland hatte er aus Angst vor dem Militärdienst verlassen, der in der Diktatur am Roten Meer wie Sklavenarbeit ist. Über die Flucht in den Nahen Osten verliert Simon nicht viele Worte. Nur, dass er in Tel Aviv endlich keine Todesangst mehr haben musste: Vor der Gewalt der Schlepper, die den Jungen in den Sudan schmuggelten; vor den Foltercamps der Beduinen im Sinai, die Flüchtlinge verschleppen und foltern, um von deren Familien Lösegeld zu erpressen.

„Israel war meine Heimat“, sagt er. Man sieht dem Mann mit dichtem Haar und Ziegenbärtchen nicht an, dass er seit Jahren in der Welt umherirrt. Er trägt Jeans und Kapuzenpullover. Lacht



Sieben Jahre unterwegs: Simon, 27. PRIVAT

manchmal fast heiter an diesem Abend in Berlin, während er von seiner Odyssee erzählt. Obwohl seine Geschichte alles andere als heiter ist.

Das Leben in Tel Aviv wird Simon nicht leicht gemacht. Wie die meisten Migranten aus Afrika bekommt er kein Asyl. Nur eine temporäre Duldung, die er alle paar Wochen bei einer Behörde verlängern lassen muss. Darf weder studieren noch offiziell arbeiten, obwohl er davon träumt, Krankenpfleger zu werden. Gleichzeitig wachsen die Ressentiments gegen Geflüchtete im Land. Der Regierung sind die rund 38 000 Eritreer und Sudanesen, die es zwischen 2005 und 2013 über die ägyptische Sinaihalbinsel nach Israel geschafft haben, zunehmend ein Dorn im Auge.

Als Simon nach sechs Jahren wieder seine Duldungspapiere verlängern muss, droht ihm das israelische Ministerium: Entweder du verlässt das Land oder du musst nach Holot. In das Internierungslager tief in der Negev-Wüste werden afrikanische Asylsuchende verbannt, um sie dazu zu drängen, Israel zu verlassen. Zwar schickt der Staat die Menschen nicht in ihre Heimatländer zurück, weil er anerkennt, dass ihnen dort Gefahr für Leib und Leben droht. Aber er will die Flüchtlinge in angeblich sichere afrikanische Drittstaaten abschieben: Ruanda und Uganda.

Simon will das Land nicht verlassen, dessen Sprache er längst fließend spricht. Eine Weile fristet er im Wüstengefängnis vor sich hin. Dreimal täglich darf er die Anlage mit Stacheldrahtzaun verlassen, ringsherum nur Sand und Staub. Mittags gibt es durchgekochte Pasta, nie genug, um satt zu werden, nachts zieht die Kälte in die Baracken. Das israelische Ministerium bedrängt ihn weiterhin: 3500 Dollar bekommt er, wenn er nach Ruanda abzieht. Den Flug zahle der Staat, er brauche sich um nichts zu kümmern. „Sie haben mir versprochen, dass ich in Ruanda ein Visum bekomme. Und dass dort Menschen sind, die sich um mich kümmern.“

Weil er nicht länger rumsitzen und warten will, nimmt Simon das Angebot an. An einem heißen Junitag steigt er in den Flieger – um endlich irgendwo zu landen, wo er bleiben darf. Wo er studieren und zum Arzt gehen kann, wenn er krank ist. Doch nichts davon erwartet ihn in Ruanda. Als die Maschine in Kigali landet, werden ihm am Flughafen die Reisedokumente abgenommen.

Ein Einheimischer kommt auf ihn zu: „Bist du aus Israel?“ Er schleust Simon und die anderen Eritreer aus dem Flughafengelände. Wieder ist Simon ohne Papiere in einem fremden Land, dessen Sprache er nicht spricht. Mit dem Auto werden

die Migranten in ein Haus in der Stadt gefahren. Männer bewachen den Eingang. Drei Tage soll Simon das Gebäude nicht verlassen. Dann sagen ihm die Einheimischen, er könne nicht in Ruanda bleiben. Ohne Papiere sei er illegal im Land, würde im Gefängnis landen, wenn er nicht verschwinde. Gib uns dein Geld, sagen sie, dann bringen wir dich nach Uganda.

Rund 4000 Flüchtlinge haben Israel in den letzten Jahren verlassen, um nach Ruanda zu gehen. Nur neun von ihnen sind dort geblieben, sagt das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Alle anderen mussten weiterziehen, weil sie in Ruanda nicht vorfanden, was ihnen versprochen wurde. „Wir hören immer wieder die gleiche Geschichte“, meint die israelische Wissenschaftlerin Liat Bolzmann, die das Schicksal von Simon und vielen anderen Flüchtlingen dokumentiert hat. „Sobald die Menschen in Ruanda landen, nimmt man ihnen die Dokumente ab. Sie werden in ein Haus gebracht und ihnen wird gesagt, dass sie nicht im Land bleiben können. Dann schmuggelt man sie weiter nach Uganda.“

Bolzmann hat mit zwei israelischen Forscherinnen 19 Flüchtlinge in Deutschland und den Niederlanden getroffen, deren Route wie die von Simon ist: Erst wurden sie von Israel nach Ruanda oder Uganda geschickt, dann weiter von Land zu Land geschoben, bis sie schließlich über die gefährliche Mittelmeerroute nach Europa kamen. Ende Januar wurden ihre Zeugenaussagen in der Studie „Better a Prison in Israel than Dying on the Way“ veröffentlicht.

Grundlage für die Abschiebungen nach Afrika sind geheime Abkommen der israelischen Regierung mit Ruanda und Uganda, die von offizieller Seite nie bestätigt wurden. Für jeden Migranten, den die Drittstaaten aufnehmen, sollen sie 5000 Dollar kassieren. Einzig: Was sie mit den Menschen machen, wird nicht kontrolliert. Offenbar kümmert es den israelischen Staat nicht, was mit den Asylsuchenden passiert, sobald sie Israel verlassen haben. Ihr Mandat ende am Flughafen in Tel Aviv, heißt es bei der Einwanderungsbehörde.

Simon will nicht schon wieder weiter ziehen. Wo sind seine Ausweisdokumente, wo die Flüchtlingsorganisationen, die ihm angeblich helfen würden? Mit nichts als seiner Reisetasche und einem Bündel Geld bleibt Simon keine Wahl: Er lässt sich von den Schleppern nach Uganda bringen. Kaum haben sie die Grenze passiert, wird er von der Polizei aufgegriffen.

Er muss 1200 Dollar Bestechungsgeld zahlen, sonst sperren sie ihn ein. Ihm ist klar, auch hier kann er nicht bleiben. Weiter geht die Odyssee in Richtung Sudan. Un-



Als Ende März die Abschiebungen von Migranten durch das Oberste Gericht Israels auf Eis gelegt wurden, sah es so aus, als hätten die Proteste der Migranten und ihren Unterstützern Erfolg gezeitigt. Aber: Längst gibt es neue Deals. AFP

terwegs werden Simon und seine Mitreisenden von einer Bande überfallen, die ihnen die letzten Habseligkeiten nimmt. „Die wussten ganz genau, dass wir kommen und dass wir aus Israel sind“, sagt Simon. „Und dass wir Geld hatten.“

Wenn Simon von der Sahara spricht, wird seine Stimme leise

Simon erkennt: er ist in den Fängen eines ausgeklügelten Schleppersystems gelandet, aus dem es kein Entkommen gibt. Ohne Papiere kann er nirgendwo bleiben und für jeden Kilometer, den er sich vorwärts bewegt, muss er bezahlen. Aus seiner Schutzlosigkeit schlagen Schmuggler und Kriminelle Profit, wo sie nur können. Über ein gut organisiertes Netzwerk wird Simon durch den Südsudan geschleust, in dem seit Jahren ein Bürgerkrieg tobt. Wochenlang zieht sich der Fußmarsch in Richtung Norden, meist nachts, aus Angst vor Banden die sie ausrauben oder Sicherheitskräften, die sie verhaften.

Dann sitzt Simon in Khartoum, keine 700 Kilometer entfernt von seiner Heimat, die er als Jugendlicher aus Angst vor dem Diktator verließ. Zurückkehren ist keine Option – wer aus Eritrea flieht, muss Verhaftung oder Schlimmeres befürchten. Weil er Angst vor dem eritreischen Ge-

heimdienst hat, der Geflüchtete im Sudan abfängt und ins Land zurückbringt, traut er sich kaum auf die Straße.

Für den Heimatlosen bleibt nur noch eine Hoffnung: Europa. Auch wenn er weiß, dass er dafür quer durch die libysche Hölle muss.

Wenn Simon von der Sahara spricht, wird seine Stimme sehr leise. „Ich habe dort schreckliche Dinge gesehen“, sagt er. Das Transitland ist dafür bekannt, dass afrikanische Migranten dort misshandelt und als Sklaven verkauft werden. Wochenlang kauert Simon in einem Transporter, der mit den Flüchtlingen durch die Wüste rast. Freunde fallen vom Wagen und sterben, Frauen werden vergewaltigt. Simon bricht ab – hier in Berlin, bei Club Mate und Verkehrslärm, klingt das alles surreal.

In Libyen wird Simon in eines der berüchtigten Migrantenlager gesperrt. Mit hunderten von Menschen in einem dunklen, verdreckten Raum. Die Gefängniswärter behandeln Simon wie ein Tier. Schlagen ihn, halten ihm ein Messer an den Hals. Immer wieder verlangen sie Geld, damit sie ihn nicht töten. Weil Simon nichts mehr hat, schickt ihm die Familie Ersparnisse aus Eritrea, so lange, bis er genug für die Überfahrt nach Europa hat.

Schließlich steigt Simon in ein Schlauchboot, zwischen weinende Kinder

und schwangere Frauen. Bevor sie die italienische Küste erreichen, gibt der Motor den Geist auf. Öl läuft aus, das Boot droht zu kentern. Simon und die andere haben Glück: Nach acht Stunden erscheint die italienische Küstenwache und rettet alle.

Nun lebt Simon in Deutschland. Er hat Asyl bekommen – doch irgendwie hat das alles zu lange gedauert, um heute noch von einem guten Ende einer langen Reise sprechen zu können. Und das nicht nur, weil er in Dresden wohnt. Nachbarn beschimpfen ihn im Treppenhaus, auf der Straße wird er mit Flaschen beworfen. Dass er nach den Folterknechten im Sinai und den Menschenhändlern in Libyen in Deutschland von Rechten gejagt wird, hätte er sich nicht träumen lassen. Und auch die Erinnerungen verschwinden nicht: An Freunde, die gestorben sind, auf der Flucht nach Israel und auf dem Weg nach Europa.

Mit einigen Menschen in Tel Aviv hat Simon noch Kontakt. Sie schicken ihm Bilder von den Demonstrationen, die gerade überall im Land stattfinden: Tausende Migranten und Israelis, die durch die Straßen ziehen, mit Schildern auf denen „Nein zur Abschiebung“ steht. Denn die Regierung will noch mehr Flüchtlinge nach Afrika schicken – notfalls unter Zwang. Bislang wurde Menschen wie Simon das Leben so schwer wie möglich ge-

macht, damit sie freiwillig gehen. Nun sucht Premierminister Benjamin Netanyahu nach Möglichkeiten, die Migranten ein für alle Mal loszuwerden – und hat in den vergangenen Wochen einen Zickzack-Kurs aus dubiosen Deals und Abschiebeplänen absolviert. Erst sollten 20 000 Eritreer und Sudanesen bis Anfang April nach Ruanda abgeschoben werden. Wer sich widersetzte, musste für unbestimmte Zeit in die Strafanstalt Sharonim, von der es heißt, sie sei zehnmal schlimmer als das Wüstenlager Holot.

Netanjahu sucht neue Wege, um Migranten abschieben zu können

In der Bevölkerung hatte sich massiver Widerstand gegen Netanjahus Pläne geregigt: Intellektuelle, Anwälte, Rabbis und Holocaust-Überlebende meldeten sich öffentlich zu Wort. Und für kurze Zeit sah es so aus, als würden die Proteste Erfolge zeigen. Ende März hatte das Oberste Gericht die Abschiebungen zwischenzeitlich auf Eis gelegt, weil die Richter Zweifel hatten, ob die Sicherheit der Migranten in Ruanda tatsächlich gewährleistet sei. Kurz darauf verkündete Netanjahu überraschend einen neuen Deal: Statt die Migranten nach Afrika abzuschicken, wollte er die Hälfte von ihnen in westliche Länder umsiedeln

und der anderen Hälfte vorübergehend einen legalen Aufenthaltstatus verleihen.

Aktivistinnen und Flüchtlinge in Israel begrüßten den Plan, die Freude hielt allerdings nur wenige Stunden. Nach massiver Kritik aus den Reihen der rechten Hardliner im Parlament verkündete Netanjahu noch am gleichen Tag, das Abkommen wieder zu kippen. Nun sucht er nach weiteren Möglichkeiten, die Asylsuchenden in afrikanische Drittländer abzuschicken. Derzeit laufen Verhandlungen mit Uganda, die Regierung dort hatte vor wenigen Tagen angekündigt, möglicherweise 500 Asylsuchende aus Israel aufzunehmen. Was mit dem Rest der Migranten passieren soll, ist unklar.

„Die Tatsache, dass es für Netanjahu so schwer ist, Länder für einen Abschiebdeal zu finden, zeigt, dass diese Deportationen juristisch und moralisch falsch sind“, sagt Bolzmann. Sie warnt: „Wenn die Regierung tausende Flüchtlinge nach Afrika schickt, dann werden tausende Menschen gezwungen, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Und viele werden auf dem Weg sterben.“

Simon rät seinen Freunden, mit denen er per Messenger spricht: Bleibt, wo ihr seid. Lieber ins Gefängnis in Israel, als eine zweite Flucht durch Afrika. Die Odyssee, die Simon hinter sich hat, die wünscht er niemandem.